

Liebe Leserinnen und Leser,

wie geht es weiter mit der teil-europäischen Finanztransaktionssteuer? Die Verhandlungen zwischen den elf teilnehmenden Staaten laufen hinter verschlossenen Türen. Der erste Durchgang durch den Richtlinienentwurf ist noch gar nicht abgeschlossen, doch es gibt Spekulationen über eine deutlich abgespeckte Steuer.

Was steckt dahinter? Frankreich, Portugal und Italien haben in den letzten zwölf Monaten Transaktionssteuern eingeführt, die hauptsächlich auf Aktien inländischer Unternehmen abgestellt waren. Eine harmonisierte Form könnte sehr zügig eingeführt werden - und dies scheint diskutiert zu werden. Schlimm wäre, wenn es dabei bliebe: Anleihen, Derivate und Devisen blieben unbesteuert - und damit ein Großteil der Finanzmarkt-Umsätze. Allenfalls akzeptabel wäre, wenn die einzelnen Produktkategorien nach einem fest definierten Zeitplan nach und nach der Steuer unterworfen würden - auch das scheint diskutiert zu werden.

Gefahr droht auch durch weitere Ausnahmen. Diskutiert werden Ausnahmen insbesondere für Pensionsfonds, Staatsanleihen, Market-Maker, Repo-Handel oder die Absicherung realwirtschaftlicher Geschäfte. Die Union gibt hier Grund zur Sorge: Im Ausschuss für Wirtschaft- und Währung des Europaparlaments sprachen sich die Unionsabgeordneten Markus Ferber und Werner Langen für solche Ausnahmen aus. Im Bundestag sieht der Berichterstatter der Union, Ralph Brinkhaus, noch "erheblichen Verbesserungsbedarf" am Richtlinienentwurf der EU-Kommission. Dies riecht nach Verwässerung.

Die Bundesregierung hat sich zum Glück jüngst klar für eine Steuer "so umfassend wie möglich" ausgesprochen. Doch sie ist auch an einen entsprechenden Beschluss gebunden, der im Juni 2012 im Rahmen der Fiskalpaktverhandlungen getroffen wurde. Diesen Kompromiss wird sie vor der Bundestagswahl nicht mehr aufschnüren.

Derweil feuert die Finanzlobby aus allen Rohren. Mit dem baden-württembergischen Finanzminister Nils Schmid hat sich erstmals in jüngster Zeit ein prominenter SPD-Politiker vor den Karren der Finanzlobby spannen lassen. Anlass waren Rechnungen der Landesbank LBBW über milliardenschwere Belastungen, die das Ende der Bank bedeuten würden (im April-Newsletter als regelrecht albern abgetan).

Trotz allem: Berichte über ein Scheitern der Steuer sind klar überzogen. Ohne Druck von unten wären wir nie so weit gekommen, jetzt wird er wieder verstärkt nötig. Unsere Kampagne bleibt am Ball und wir zählen auf eure Unterstützung!

Inhalt:

- Entwicklungen im Inland
- Entwicklungen im Ausland
- Kampagnenaktivitäten

## **Entwicklungen im Inland:**

31. Mai: Die [Bundesregierung](#) will weiter eine Finanztransaktionssteuer "so umfassend wie möglich".

31. Mai: [Bundeskanzlerin Angela Merkel und der französische Staatspräsident Francois Hollande](#) verständigen sich auf einen Vorschlag für einen gemeinsamen Fonds der Eurostaaten, der von einer Finanztransaktionssteuer gespeist werden könnte.

30. Mai: Grünen-Fraktionsvorsitzender [Jürgen Trittin](#) droht mit Konsequenzen für die Zusammenarbeit mit der Bundesregierung bei der Euro-Rettung, sollte die geplante Finanzmarktsteuer weitgehend zahnlos gestaltet werden.

30. Mai: Die [Deutsche Kreditwirtschaft](#), der Zusammenschluss der Spitzenverbände der deutschen Banken, lehnt (wenig überraschend) die Finanztransaktionssteuer strikt ab und legt dazu eine Liste von Kritikpunkten vor.

24. Mai: SPD-Finanzpolitiker [Carsten Sieling](#) geht auf die Debatte zu Repo-Geschäften ein, legt sich aber nicht fest.

24. Mai: Die [Bundesregierung](#) wird die Bedenken des baden-württembergischen Finanzministers Nils Schmid prüfen.

24. Mai: Der baden-württembergische Finanzminister [Nils Schmid](#) (SPD) hält die Finanztransaktionssteuer in der aktuell geplanten Form für "Mist".

23. Mai: CDU-Finanzpolitiker [Ralph Brinkhaus](#) sieht beim Richtlinienentwurf der EU-Kommission noch "erheblichen Verbesserungsbedarf".

17. Mai: Der hessische Wirtschaftsminister [Florian Rentsch](#) (FDP) will die Finanztransaktionssteuer mit aller Kraft verhindern.

4. Mai: Landwirtschaftsministerin [Ilse Aigner](#) spricht sich für die Finanztransaktionssteuer aus. Landwirte würden kaum belastet.

### **Entwicklungen im Ausland:**

31. Mai: EU-Steuerkommissar [Algirdas Semeta](#) bezeichnet die Spekulationen über ein Ende der Finanztransaktionssteuer als überzogen.

31. Mai: Der österreichische [Standard](#) kommentiert ausführlich die neuesten Verzögerungen bei den Steuerplänen.

31. Mai: Die [österreichische Regierung](#) hält an den Plänen zur Finanztransaktionssteuer fest. Falls sich die Steuer verzögern würde, sollte die Finanzindustrie einen Beitrag für die verspätete Einführung leisten, so SPÖ-Finanzsprecher Jan Krainer.

28. Mai: Der frühere Investmentbanker [Avinash Persaud](#) entkräftet in der Financial Times die Gegenargumente der Finanzlobby.

27. Mai: Der starke Widerstand der Lobby zeigt Wirkung: Die Finanztransaktionssteuer könne zwar noch 2014 kommen, aber nicht mehr zum geplanten Einführungstermin am 1. Januar, so eine Sprecherin von EU-Steuerkommissar [Algirdas Semeta](#).

27. Mai: EZB-Direktor [Benoit Coeuré](#) will sich für Änderungen an den Steuerplänen einbringen.

20. Mai: Die britische [Robin Hood Tax Campaign](#) will den britischen Finanzminister George Osborne

per Video und Twitter als Party Pooper (Spielverderber) entlarven.

18. Mai: Das [Europäische Parlament](#) "bringt seine Unterstützung für die weltweite Einführung einer Finanztransaktionssteuer zum Ausdruck, die einen innovativen Mechanismus zur Entwicklungsfinanzierung darstellen und so zur universellen Durchsetzung wirtschaftlicher und sozialer Rechte beitragen kann und fordert alle Mitgliedstaaten zur Unterstützung des EU-Haushaltsvorschlags für eine Finanztransaktionssteuer auf".

17. Mai: Der Finanzausschuss des [slowenischen Parlaments](#) bekennt sich zu den Finanztransaktionssteuer-Plänen.

7. Mai: EU-Steuerkommissar [Algirdas Semeta](#) ist zuversichtlich, dass die Klage Großbritanniens gegen die Finanztransaktionssteuer nicht erfolgreich sein wird.

2. Mai: EZB-Direktor [Yves Mersch](#) sieht die geplante Finanztransaktionssteuer kritisch: Sie könnte die Märkte für besicherte Leihgeschäfte (Repos) stören.

2. Mai: Die taz berichtet vom schwindenden Rückhalt [Frankreichs](#) und wachsendem Widerstand in Europa.

2. Mai: Bart Chilton, Vorstandsmitglied der [US-Terminmarktaufsicht CFTC](#), fordert eine Transaktionssteuer für die Derivatmärkte in Höhe von 0,06 Prozent.

## Kampagnenaktivitäten

### Brief der deutschen und französischen Kampagne an Merkel & Hollande

Angesichts der Gerüchte, die Verhandlungen könnten auf eine deutlich abgespeckte Finanztransaktionssteuer nur auf Aktien hinauslaufen, hat "Steuer gegen Armut" zusammen mit der französischen Kampagne einen Brief an Bundeskanzlerin Merkel und den französischen Präsidenten Hollande geschickt. Wir erwarten von beiden, dass sie sich für eine breite Steuerbasis einsetzen sowie die Einnahmen im Sinne unserer Kampagnen verwenden.

Zum Brief:

[http://www.steuer-gegen-armut.org/fileadmin/Dateien/Kampagnen-Seite/Wer\\_wir\\_sind/Stellungnahmen/130520\\_Merkel\\_Hollande.pdf](http://www.steuer-gegen-armut.org/fileadmin/Dateien/Kampagnen-Seite/Wer_wir_sind/Stellungnahmen/130520_Merkel_Hollande.pdf)

### Mittelverwendungs-Tool von Oxfam

Oxfam zeigt auf einer interaktiven Internetseite exemplarisch, welche Projekte sich mit den Einnahmen aus einer Finanztransaktionssteuer finanzieren ließen. Per facebook lässt sich das Ergebnis verbreiten. [https://www.facebook.com/oxfam.de/app\\_151966934977596](https://www.facebook.com/oxfam.de/app_151966934977596)

Herzlichst, Ihre Newsletter-Redaktion

[www.steuergegenarmut.org](http://www.steuergegenarmut.org) und auf [Facebook](#).

*Der Newsletter der Kampagne "Steuer gegen Armut" wird monatlich und bei besonderen Anlässen verschickt. Die Redaktion liegt bei Attac.*